



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 7. Ratssitzung vom 22. Juni 2022

250. 2022/144
Parlamentarische Initiative der SP-, Grüne- und AL-Fraktion vom 13.04.2022:
Rahmenkredit für ein dreijähriges Pilotprojekt zur Schaffung einer Über-
brückungshilfe für Ausländerinnen und Ausländer ohne gültigen
Aufenthaltsstatus

Hannah Locher (SP) begründet die Parlamentarische Initiative (vergleiche Beschluss-Nr. 5245/2022): Artikel 12 der Bundesverfassung garantiert allen in der Schweiz lebenden Menschen das Recht auf Hilfe in Notlagen. Was ohne eine solche Hilfe in einer Notlage passieren kann, haben wir während der Coronakrise mit eigenen Augen gesehen: Menschen, die in der reichen Stadt Zürich stundenlang für Lebensmittel anstehen, Menschen, die durch die Maschen fallen, weil sie keinen Zugang zu staatlicher Hilfe in Notlagen haben. Speziell prekär ist die Situation von Sans-Papiers. Sie leben und arbeiten ohne rechtlichen Schutz und ohne gesicherte Zugänge zu staatlicher Hilfe. Sie sind der Willkür von Arbeitgebern und Vermietern ausgesetzt, die das oft ausnützen. In der Folge arbeiten sie häufig zu Tieflöhnen und immer ohne Kündigungsschutz. Beahlt ein Arbeitgeber den Lohn nicht, können sie sich nicht dagegen wehren. Wenn Sans-Papiers aufgrund von Kontaktbeschränkungen oder Restaurantschliessungen – wie während der Coronakrise – ihre Arbeitsstellen verlieren, bricht ihre aufgebaute Existenz von einem Tag auf den anderen zusammen. Sie befinden sich in einer Notlage und können keine staatliche Unterstützung beantragen. Da Bund und Kanton die Stadt Zürich mit dieser Herausforderung alleine lassen, ist es nur gerecht, wenn wir selbst dafür sorgen, dass alle Menschen, die in dieser Stadt leben und in einer Notsituation Hilfe benötigen, unterstützt werden und niemand durch die Maschen fällt. Mit der parlamentarischen Initiative soll ein Rahmenkredit von 2,4 Millionen Franken für ein dreijähriges Pilotprojekt für eine Überbrückungshilfe für Ausländerinnen und Ausländer ohne gültigen Aufenthaltsstatus bewilligt werden. Die Überbrückungshilfe soll durch zivilgesellschaftliche Organisationen an Menschen in finanziellen Notlagen ausbezahlt werden. Sie wird an Menschen ausgestellt, die mindestens zwei Jahre in der Stadt Zürich und fünf Jahre in der Schweiz leben. Die Überbrückungshilfe orientiert sich an den Ansätzen der Asylfürsorge und ist somit tiefer angesetzt als die Sozialhilfe und auf sechs Monate beschränkt. Die parlamentarische Initiative setzt beim Pilotprojekt «Wirtschaftliche Basishilfe» an, die der Stadtrat als Reaktion auf die Coronapandemie gestartet hatte und dann aus uns allen bekannten Gründen einstellen musste. Die Grundidee bleibt die gleiche: Eine Überbrückungshilfe soll Sans-Papiers in akuten Notlagen unterstützen und ihnen helfen, ihre elementarsten Grundbedürfnisse wie Wohnen, Nahrung oder Gesundheitsversorgung zu decken. Menschen ohne geregelten Aufenthaltsstatus sind Teil unserer Gesellschaft und Arbeitswelt. Sie leisten unverzichtbare Arbeit und das unter meist unwürdigen Lebensbedingungen. Die Abstimmung zur Züri City-Card am 15. Mai hat gezeigt, dass die Zürcher Bevölkerung möchte, dass die Lebensbedingungen von Sans-Papiers in Zürich verbessert werden. Die parlamentarische Initiative ist ein weiterer Schritt hin zu dieser Verbesserung.



2 / 2

Die Parlamentarische Initiative wird von 58 Ratsmitgliedern unterstützt, womit das Quorum von 42 Stimmen gemäss Art. 139 Abs. 2 GeschO GR erreicht ist.

Gemäss Parlamentarischer Initiative wird die Überweisung an die SK SD beantragt.

Die Parlamentarische Initiative wird stillschweigend der SK SD überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat